



**Fritz Kuhn**  
**Renate Künast**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis90/Die Grünen

Fritz Kuhn, Renate Künast, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An  
die Landes-, Kreis- und Ortsverbände von  
Bündnis 90/Die Grünen  
die Landtagsfraktionen von Bündnis 90/Die  
Grünen in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin,  
Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen,  
Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland,  
Sachsen und Schleswig-Holstein  
die EP-Fraktion

**Fritz Kuhn**

Tel.: 0 30 / 2 27 – 7 18 96

Fax: 0 30 / 2 27 – 7 68 96

e-mail: [fritz.kuhn@gruene-fraktion.de](mailto:fritz.kuhn@gruene-fraktion.de)

[www.fritz-kuhn.de](http://www.fritz-kuhn.de)

**Renate Künast**

Tel.: (030) 227 – 7 19 13

Fax: (030) 227 – 7 69 13

e-Mail: [renate.kuenast@gruene-fraktion.de](mailto:renate.kuenast@gruene-fraktion.de)

[www.renate-kuenast.de](http://www.renate-kuenast.de)

Berlin, 23. Januar 2006

**Zur aktuellen Debatte um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses**

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir möchten Euch kurz über die Ziele, den aktuellen Stand und die Strategie der Fraktion in der aktuellen Debatte um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses informieren:

1. Unser Ziel ist die vollständige Aufklärung aller Sachverhalte über die in der Öffentlichkeit debattiert wird. Das betrifft sowohl die Fragen um die Entführung des deutschen Staatsbürgers El-Masri durch den CIA, geheime CIA-Gefangenentransporte über deutschem Hoheitsgebiet, Befragungen von US-gefangenen Terrorverdächtigen in Guantanamo, Syrien und Libanon durch deutsche Ermittlungsbehörden als auch die Anfang Januar erhobenen Vorwürfe der Zuarbeit an der Kriegsführung der USA im Irak seitens deutscher BND-Mitarbeiter vor Ort. Da die notwendige Aufklärung von der Bundesregierung nicht vollständig und widerspruchsfrei geleistet war, hat die Fraktion in der letzten Woche beschlossen, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses anzustreben.
2. Dieser Druck hat Wirkung gezeigt. Die Bundesregierung ist nunmehr bereit, unseren Forderungen nachzukommen. Diese Forderungen gehen dahin, dass
  - die Bundesregierung einen umfangreichen Bericht zu allen diskutierten Tatbeständen vorlegt, der die Sachverhalte vollständig aufklärt und
  - das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) gleichfalls der Öffentlichkeit Bericht erstattet - und dies in einer transparenten Form, die auch mögliche Minderheitenstimmen in diesem Bericht umfasst.

Zu beiden Berichten fordern wir zudem eine öffentliche Debatte über die Ergebnisse ein. Die Bundesregierung hat es jetzt selber in der Hand, die Einsetzung eines

Untersuchungsausschusses unnötig werden zu lassen, indem sie zeitnah eine umfassende und hinreichende Aufklärung der offenen Fragen im Rahmen dieser geforderten Berichte gewährleistet.

3. Selbstverständlich halten wir den Druck – die mögliche Einsetzung eines Untersuchungsausschusses - aufrecht, bis die Berichte der Bundesregierung und des PGK vorliegen. Sollten die Berichte nicht befriedigend sein, wird der Untersuchungsausschuss eingesetzt. Wir werden allerdings nicht das Spiel der F.D.P. und der PDS/Linkspartei betreiben, denen es bisher erkennbar nicht um Sachaufklärung geht, sondern vorrangig um eine pauschale Diskreditierung der stringenten Antikriegspolitik der rot-grünen Bundesregierung. Der erste FDP-Entwurf eines Fragekatalogs, dem sich die PDS einfach anschloss, machte dies deutlich. Darin wurden bereits die Vorverurteilungen gegenüber der rot-grünen Außenpolitik pauschal formuliert anstelle von Fragestellungen, mit denen ein UA seine Zeugenbefragungen und Akteneinsicht strukturieren könnte. Für ein solch parteitaktisch motiviertes Spiel von FDP und PDS/Linkspartei sind wir selbstverständlich nicht zu haben. Davon müssen die beiden anderen Oppositionsfraktionen herunterkommen, wollen sie glaubhaft die Aufklärung über einen Untersuchungsausschuss mit uns auf den Weg bringen.

Neben der Sachaufklärung wird die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen kurzfristig gesetzliche Regeln vorschlagen, die unabhängig vom konkreten Fall eine bessere Kontrolle der Geheimdienste bewirken. Dabei geht es uns insbesondere um eine Reform des Parlamentarischen Kontrollgremiums.

Insgesamt ist unsere Strategie daher ohne populistische Schnörkel auf umfassende Sachaufklärung und zügige Konsequenzen aus dieser Aufklärung gerichtet. Klar ist: Wir halten an einem Untersuchungsausschuss fest. Und wir bereiten den entsprechenden Antrag vor. Die Regierung kann die endgültige Einbringung überflüssig machen, wenn sie lückenlos aufklärt und öffentlich berichtet. Das Primat grüner Politik ist die lückenlose Aufklärung.

Mit freundlichen Grüßen

